



# Polit\_Notiz



Michael Panse  
Dezember 2008

## Vergangenheitsaufarbeitung bei der Linken? Falsche Adresse.

Seit einiger Zeit fiel mir immer wieder auf: die Thüringer Linke weigert sich, auf ihren Kopfbögen und Visitenkarten die seit 2002 geltende Landtagsanschrift Jürgen Fuchs Straße 1 anzugeben. Offenbar tut sich die linke Landtagsfraktion auch 19 Jahre nach der friedlichen Revolution schwer, unter einer Anschrift zu firmieren, die an einen bedeutenden Schriftsteller und an ein Opfer der SED und Stasi erinnert.

Ich machte meinem Unmut in einer Pressemitteilung Luft. Die Öffentlichkeit sollte hierüber informiert werden. In Reaktion darauf erklärten die Linken, sie wollten die Postanschrift des alten Abgeordnetengebäudes in der Arnstädter Straße behalten.

Ganz ehrlich, werte Leserinnen und Leser: das ist eine erbärmliche Ausrede. Sie soll lediglich kaschieren, dass die Partei der Stasispitzel nicht bereit ist, dem Bürgerrechtler und Schriftsteller Jürgen Fuchs wenigstens nachträglich ein ehrendes Gedenken zu widmen. Jürgen Fuchs protestierte gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns, wurde daraufhin verhaftet und Opfer von Stasizersetzungsmaßnahmen. Er starb 1999 an Blutkrebs, als dessen Ursache Strahlenschäden vermutet werden.

Vor Kurzem rief mich die Schwester Jürgen Fuchs' an. Sie sagte mir, sie und ihre Kinder sind froh darüber, dass die Landtagsadresse Jürgen Fuchs Straße lautet.

*„So ist ein würdiges Gedenken an meinen Bruder aber auch andere Opfer der Stasiverbrechen möglich.“  
(Schwester Jürgen Fuchs')*

Es ist unerträglich, dass im Thüringer Landtag in der Fraktion der Linken mit Ina Leukefeld und Frank Kuschel zwei Stasispitzel und Täter sitzen. Nach wie vor können sie mit den Stasiverbrechen nicht umgehen.

Leider hat dies aber System bei den Linken. Die Landtagsvizepräsidentin Birgit Klaubert gibt sich in Sonntagsreden zwar gerne als die Aufarbeiterin des SED-Unrechtsstaates, handelt aber in der eigenen Fraktion als Opportunistin. Auf ihrer Homepage ist das Foto des Landtageingangs in der Jürgen Fuchs Straße abgebildet. Aber als Adresse steht die Arnstädter Straße 51.



*„Erfurt: Nicht unter dieser Anschrift“, so griff die Frankfurter Allgemeine Zeitung das Thema auf. Daraufhin spricht Wolf Biermann im SPIEGEL (Ausgabe 51/2008) deutlich vom „Starsinn, der Erben der*

DDR-Nomenklatura in Erfurt, die ihren reaktionären Positionen die Treue halten“. Die Beteuerungen der LINKEN, mit der Vergangenheit gebrochen zu haben, sind das Papier nicht wert, auf denen sie stehen.

Mit der Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern des DDR-Unrechtsstaates beschäftigte sich auch ein Kongress im Landtag. Grundlage der Gespräche bildete eine vom Thüringer Sozialministerium in Auftrag gegebene Studie zu SED-Opfern. Auf den nächsten Seiten erfahren Sie mehr darüber.

Eine anregende Lektüre wünscht



Ihr Michael Panse

## **I Kongress “Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen”**

*Es ist eine Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft. Wie gehen wir mit den Opfern der DDR-Diktatur um?*

Mit einer Mahnung an unsere Gesellschaft wider das Vergessen der Leiden der Opfer des DES-Unrechtsstaates eröffnete Dagmar Schipanski im Plenarsaal den Kongress „zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen.“



Sozialministerin Christine Lieberknecht wandte sich an die zahlreichen Vertreter der Opferverbände: „1989 wäre nicht möglich gewesen, ohne Ihren jahre- und jahrzehntelangen Widerstand.“

## **Deutliche Worte von Rainer Eppelman**



Rainer Eppelman

Mit deutlichen Worten erläuterte der ehemalige Bürgerrechtler und Minister sowie Vorsitzenden des Demokratische Aufbruchs, Rainer Eppelman, die Situation der SED-Opfer. Das 1. Rehabilitierungsgesetz für SED-Opfer wurde noch kurz vor dem Ende der DDR am 6. September 1990 beschlossen. Eppelman kritisierte das Rechtsprinzip im Einigungsvertrag. Danach werden alle Verbrechen die nach dem Strafgesetzbuch der DDR nicht strafbar waren, auch jetzt nicht mehr verfolgt. Trotzdem sprechen die SED/PDS/Linke von Siegerjustiz in der Gegenwart. Das ist „eine Unverschämtheit und unhistorisch“, so Eppelman.

Positiv zu vermerken ist: 184.000 Menschen wurden rehabilitiert, 700 Millionen Euro erhielten die zu Unrecht inhaftierten Opfer und weitere 120 Millionen Euro wurden ausgezahlt für beruflich erlittene Nachteile. Aber es bleiben noch berechnete Kritikpunkte. Trotz mehrfacher Novellierung der Gesetze liegt die Beweiskraft für die entstandene Haftzeit immer noch bei den Opfern. Eppelmans Forderung, die ungeteilte

Dezember 2008

Zustimmung fand: Dies müsse für die Zukunft umgekehrt werden, da die Beweislast eine Demütigung für die Opfer darstelle. Weiterhin dürfe es kein Verfallsdatum für Anträge auf Rehabilitation und Entschädigung geben. Vorgesehen ist, dass 2011 die Antragsfristen auslaufen sollen. Thüringen hatte sich zuletzt erfolgreich für eine Verlängerung bis 2011 im Bundesrat stark gemacht.

*Die Beweislast zu erbringen, ist eine Demütigung der Opfer.*

## Thüringen hat als Erstes eine umfassende Studie zu SED-Opfern in Auftrag gegeben.

Den Zusammenhang zwischen dem Schicksal der Betroffenen und ihrer heutigen Lage erkennen die Jenaer Forscher sehr klar. 38 % der SED-Opfer sind heute stark benachteiligt, 10 Prozent leben gar in Armut. Wer in der DDR wider das System handelte, geriet schnell aufs Abstellgleis. Ein berufliches Weiterkommen oder eine höhere Ausbildung verwehrte der SED-Staat. (weiter S.4)



## Opfer der SED-Diktatur Schicksalhafte Zahlen

Etwa **ein Prozent** der DDR-Bevölkerung, **280.000 Menschen**, wurden vom DDR-Machtapparat inhaftiert und gequält.

Doch auch die Familien waren durch die Verhaftung und Stigmatisierung ihres Angehörigen mit betroffen. Mit ihnen erhöht sich die Zahl der direkt und indirekt durch die SED-Diktatur Betroffenen auf **über eine Million Menschen**.

**Thüringen.** In Thüringen sind **11.250 Menschen** erfasst, die sich im Rahmen der Arbeit von Opferverbänden gemeldet bzw. einen Antrag auf Rehabilitation gestellt haben. Die reale Zahl der Opfer liegt aber weitaus höher. Ebenso müssen all jene bedacht werden, die durch berufliche Behinderungen, „Zuführungen“, Zersetzungsmaßnahmen und weitere Zwangsmaßnahmen schwere Einschnitte in ihr Leben hinnehmen mussten.

*Laut Befragung sehen sich **14 Prozent** der Thüringer Bürger als direkt vom DDR-Unrecht betroffen.*

**Entschädigung.** Auf Grundlage des im Art. 17 im Einigungsvertrag zur Entschädigung und Rehabilitation wurde Thüringen mehrfach tätig. Zuletzt 2007 mit dem Dritten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungs-rechtlicher Vorschriften für SED-Opfer.

Danach erhalten Opfer finanzielle Entschädigungszahlungen für ihre Haftzeit und eine monatliche „Opferrente“. Thüringen hatte sich im Bundesrat erfolgreich für die Verlängerung der Rentenanspruchsfristen bis 2011 eingesetzt.

Außerdem bemüht sich eine Vielzahl von Vereinen und Selbsthilfegruppen um die Opfer. Ebenso arbeiten viele engagierte Thüringer an der geschichtlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechts.



Dezember 2008

Aber nicht nur mit finanziellen auch mit den gesundheitlichen Auswirkungen haben SED-Opfer zu kämpfen.

Die Freiheit und Demokratie heute schätzen die Befragten besonders hoch. Die Entschädigungsbemühungen der Thüringer Regierung begrüßt die Mehrheit.

Vor allem wenn es um Verantwortung und Gerechtigkeit geht, erheben die SED-Opfer kritisch die Stimme. Verurteilt wird der offizielle renten- und berufsrechtliche Umgang der BRD mit den „Tätern“ und Ex-SED-Funktionären. Mit der Aufarbeitung des SED-Unrechts fordern sie gleichzeitig einen Verantwortungsdiskurs.

## I Bundesparteitag in Stuttgart

Auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember haben wir 23 Thüringer Delegierten uns aktiv in das Geschehen eingemischt.

In der Rede unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel stand Familienpolitik mit ganz oben auf der Agenda.

Unter anderem betonte Frau Merkel: „Den Familien geht es viel besser. Sie können heute besser wählen. Diese Wahlfreiheit setzt Wahlmöglichkeit voraus. Das Elterngeld, mehr Betreuungsplätze, das Betreuungsgeld, die Mehrgenerationenhäuser – dies alles steht für Wahlfreiheit und unsere Vorstellung von Familie. Wir schreiben niemanden vor, wie er zu leben hat.“

## Althaus für Thüringen

Dieter Althaus wurde erneut in das Präsidium der Bundes-CDU gewählt. Mit 85,37 Prozent dem besten Ergebnis aller Kandidaten, bestätigten ihn die Delegierten im Amt. Dieter Althaus vertritt deutlich und wahrnehmbar die Positionen der CDU-Thüringens und damit die Landesinteressen von Thüringen in den wichtigsten Entscheidungsgremien der Bundes-

CDU. Somit finden sich auch ostdeutsche und Thüringer Themen auf der Agenda der Bundes-CDU wieder.



In den zwei Tagen hatte ich vielfach Gelegenheit, mich mit anderen Delegierten auszutauschen.

Natürlich suchte ich auch mit der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen das Gespräch, denn Thüringen ist im Bereich der Familienpolitik ein Vorreiter.

Im Gespräch mit Frau von der Leyen hob ich auf die Bedeutung der Wahlfreiheit für Eltern ab. Die Bundesfamilienministerin interessierte sich sehr für den Thüringer Weg und erkundigte sich nach der Wirkung des Landeserziehungsgeldes.



Mit Bernhard Vogel im Gespräch



Diskussion mit Bundesfamilienministerin von der Leyen

Dezember 2008

## I Der Familiengeschichte auf der Spur

Am 9. und 10. Januar trifft sich der Bundesvorstand der CDU zur Klausurtagung in Erfurt. Auch Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen wird dabei sein. Doch neben dem politischen Programm wird sie noch einen mehr privatem Interesse folgen.

Ich habe Frau von der Leyen beim Bundesparteitag in Stuttgart erzählt, dass der Wappenstein der Familie von der Leyen in Erfurt gefunden wurde. Der Denkmalpfleger Karsten Grobe hatte den mehr als 800 Kilogramm und knapp einen Quadratmeter großen Wappenstein auf der Petersbergzitadelle entdeckt. Nach aufwendiger Sanierung kann der Wappenstein nun in der Militärgeschichtlichen Ausstellung im Kommandantenhaus besichtigt werden.

Dies nahm Frau von der Leyen mit großem Interesse auf. Also habe ich Sie zu einer Besichtigung des Wappensteins auf den Petersberg eingeladen. Herr Karsten Grobe und der Stadtführer Roland Büttner werden die Bundesfamilienministerin zum geschichtlichen Hintergrund informieren.

## I Alle Ehre wert

In allen Bereichen unserer Gemeinschaft, etwa Kultur oder Sport, engagieren sich Menschen für Menschen. Diesen Menschen soll durch die jährliche Ehrungsveranstaltung der CDU im



Roland Büttner mit Dieter Althaus

Erfurter Kaisersaal gedankt und öffentliche Anerkennung zuteil werden. In diesem Jahr ehrte die CDU-Fraktion 95 Ehrenamtliche aus ganz Thüringen. Auf meinen Vorschlag hin waren auch Roland Büttner und Viola Schierneck darunter.

## Ehrenamt

Was ist Ehrenamt? Eine Tätigkeit, die freiwillig, unentgeltlich und mit einer gewissen Dauerhaftigkeit ausgeübt wird. Das klingt in den Ohren der meisten freiwillig engagierten sicher zu technisch. Sie wollen Menschen helfen, und Spaß haben und eigene Fähigkeiten erweitern. „Kurz gesagt: Das Ehrenamt soll Spaß machen und es soll auch etwas bringen – nicht nur für die Sache, um die es geht, nicht nur für die anderen, für die man sich einsetzt, sondern auch für einen selbst.“ So formuliert eine Studie der Thüringer Ehrenamtsstiftung die Beweggründe von Ehrenamtlichen. Hier ist auch zu lesen, dass ein Drittel der Thüringer Bevölkerung ehrenamtlich engagiert ist. Damit liegt Thüringen über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 32% und deutlich über dem ostdeutschen Schnitt von 28%.

Sport ist mit Abstand der Bereich mit dem umfanglichsten Engagement, gefolgt von Freizeit, Musik, Religion und Aktivitäten im Kindergarten und in der Schule. Hingegen erweist sich die Jugendarbeit mit 17,7 Arbeitsstunden pro Monat als zeitaufwendigster Ehrenamtsbereich. Rettungsdienste und Feuerwehren halten ihre Mitglieder am längsten im Verein. Durchschnittlich 17 Jahre engagieren sich hier die Helfer, während die durchschnittliche Verweildauer bei zwölf Jahren liegt.

Rechnet man die 15 Stunden pro Monat in den Freiwillige aktiv sind auf ein Jahr hoch, so ergibt sich eine Arbeitsleistung von 128 Mio. Stunden. Für Thüringen wohlgemerkt! Auf der Grundlage einer Vergütung von 7,50 Euro entspricht dies einer Wertschöpfung von 960 Mio. Euro pro Jahr.

Dezember 2008

„Der Ideenreichtum des Stadtführers Roland Büttner ist aus Erfurt nicht mehr wegzudenken“, hieß es in der Laudatio. Besonders danken wir ihm für seinen unermüdlichen Einsatz für das Kinderhospiz Mitteldeutschland.



Viola Schierneck (4.v.l.) setzt sich als Vorsitzende des Vereins Alleinerziehender Mütter für die vielfältigen Belange Alleinerziehender ein. Als Mutter von fünf Kindern weiß sie, wie man dabei die Interessen der gesamten Familie im Blick behält. In der Laudatio wurde betont: „Besonders durch ihre integrative Haltung gelingt es Frau Schierneck immer wieder zwischen Verbänden, Politik und Familien zu vermitteln und hilft so die Familienpolitik im Freistaat weiter zu entwickeln.“

*Das Ehrenamt entscheidet maßgeblich über die Lebensqualität in unserer Gesellschaft.*

## **I Hat die Gesundheitsreform besondere Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung?**

Das „Außerparlamentarische Bündnis für Menschen mit Behinderung“ versteht sich als Interessenvertretung der Thüringer Menschen mit Behinderung sowie als Ideengeber für die Politik.

In Thüringen leben ca. 317.000 Menschen mit Behinderung, von denen ca. 250.000 einen Grad der Behinderung von 50 und mehr aufweisen. Beim Dezembertreffen im Thüringer Landtag zum Thema „Die Gesundheitsreform –

Was kommt auf die Menschen zu?“ stellten sich Herr Fabisch von der AOK Sachsen-Thüringen und Herr Kruchen aus dem Referat Sozialversicherung des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit den Fragen der Betroffenen.

*Menschen mit Behinderung sind in gleicher Weise von den Veränderungen der Gesundheitsreform betroffen wie jeder andere Versicherte auch. (Kruchen, Referent im Thüringer Gesundheitsministerium)*

## **Steigende Kosten im Gesundheitswesen**

Als Grund für den steigenden Beitragssatz im kommenden Jahr auf 15,5 % nannte er die stetig wachsenden Kosten im Gesundheitswesen, etwa durch die Angleichung der Honorare der Ost-Ärzte an das Westniveau. Hinzu kommen steigende Kosten für Behandlungen und Arzneimittel. Hierbei will man den Patienten neueste Behandlungsmethoden nicht vorenthalten. Insbesondere für Behinderte, schwer und chronisch Kranke sollen mit der Kosteneuregelung im Gesundheitswesen weiterhin die bestehenden hohen Standards der medizinischen Versorgung erhalten bleiben.

## **Unsicherheiten durch neue Regelungen**

Von Seiten der Behindertenverbände wurden insbesondere Unsicherheiten in Bezug auf die Rabattverträge geäußert. Gut sei, dass auf Grund neuer Regelungen auf dem Arzneimittelmarkt mehr als 9.000 Medikamente zahlungsbefreit sind. Allerdings wissen Ärzte nicht immer darüber bescheid und verschreiben kostenpflichtige Medikamente. Es passiert, dass Patienten andere, z.B. in Form, Farbe, Einnahmemenge verschiedene, aber wirkungsgleiche Präparate erhalten. Dies führt bei Behinderten und schwer kranken Menschen oft zu Verunsicherung, ob sie wirklich das richtige Medikament einnehmen.

Vertreter der Behindertenverbände haben angekündigt uns im Januar Wahlprüfsteine in Form eines Fragenkatalogs zukommen zu lassen.



Wir werden diese Fragen beantworten. Dabei wird die CDU ihre Argumente für eine nachhaltige und solidarische Politik für und mit Menschen mit Behinderung darlegen.

*Ich bin dankbar für die Impulse, die die fachlichen Beratungen des außerparlamentarischen Bündnisses uns liefern.*

Nicht alle sozialpolitischen Wünsche sind erfüllbar, aber es ist wichtig miteinander im Gespräch zu bleiben.

### **I Chanukka in Erfurt**

Am 21. Dezember wurde mit Einbruch der Dunkelheit vor dem Erfurter Rathaus das erste Licht des Chanukkaleuchter entzündet.



Ich freue mich darüber, dass nun auch in Erfurt ein achtarmiger Leuchter auf das Chanukka-Fest, das nun in der jüdischen Gemeinde in Erfurt gefeiert wird, öffentlich hinweist. Jeden Tag wird ein weiteres Licht angezündet. Chanukka ist das 8-tägige Lichtfest zur Erinnerung an die Wiederweihe des Tempels in Jerusalem des Makkabäers Juda im Jahre 164 v.Chr.

Das Chanukkafest ist ein familiäres Fest bei dem die Familie zusammenkommt. Die Kinder erfreuen sich an Geschenken und Süßigkeiten.

### **Weiterbildung für Kinderbildung I**

Seit September 2007 bietet die Erfurter Fachhochschule den berufsbegleitenden Vollzeitstudiengang ‚Bildung und Erziehung von Kindern‘ an. Gegenüber unserem CDU-Arbeitskreis Bildung betonte Prof. Hofmann die besondere Verzahnung von Theorie und Praxis für die Studierenden. Die Mehrheit der derzeitigen Studierenden sind Kita-Erzieherinnen (44%).

Daneben nutzen die Weiterbildung der FH-Erfurt staatlich anerkannte Erzieher (10 %), Horterzieher (10%), Heilpädagogen (10%) und Diplom-Sozialpädagogen.

*Die intensive Begleitung und Verzahnung von Beruf und Studium ist das außergewöhnliche Kennzeichen des Studiengangs. (Prof. Hofmann)*

In der Anhebung der Berufsqualität sehen die Studierenden das Hauptziel ihrer Ausbildung. Die Übernahme einer Leitungsposition in einer Einrichtung sollte nicht als erste Perspektive bei der Wahl dieses Studiengangs stehen.

### **Wunschzettel**

Darüber hinaus äußerten die Professoren Herr Lutz (Dekan der FH) und Herr Hofmann sowie die Studentinnen uns gegenüber eine Vielzahl an Wünschen:

Durch wirkungsvollere Werbung sollen mehr Interessenten für den Studiengang gewonnen werden. Der Studiengang soll mit den Anforderungen des Bildungsplans kombiniert werden. Die frühkindliche Forschung soll in Thüringen aufgebaut und der Gedanke des „Campus Thüringen“ gestärkt werden.

Berufsperspektiven für Erzieher und Erzieherinnen sowie Studierende sollen im Kita-Gesetz verankert werden.

Der Aufbau der frühkindliche Forschung wäre für Thüringen ein Gewinn. Zudem sollte der Gedanke des „Campus Thüringen“ gestärkt werden. Verbände, Politiker, Kommunen und

private Träger sollen den Studiengang unterstützen.

Die Anerkennung und Vergütung der Leistungstätigkeit in den Kitas soll verbessert werden. Dazu zählt auch, dass der Erzieherberuf in der Gesellschaft wieder entsprechend gewürdigt werden muss.

Volker Emde, bildungspolitischer Sprecher im Landtag und ich werden diese Anregungen mit in die kommenden Diskussionen nehmen. Insbesondere die gute und fachgerechte Umsetzung des Bildungsplans sowie die Verbesserung der Situation in den Kitas und Schulen sind vordringliche Aufgaben für uns.

**I Spatenstich auf dem Gelände des ehemaligen Innenministeriums**

18 Monate hatte der „beschleunigte“ B-Plan gedauert, um eine Genehmigung für die Beseitigung des städtebaulichen Missstandes zu erhalten. Da mag man sich gar nicht vorstellen, wie lange es normal gedauert hätte. Es ist ein Unding, wie wenig Unterstützung Investoren in Erfurt seitens der Stadtverwaltung erhalten. Nun hoffe ich, dass die Baumaßnahmen gut gelingen.

**Herr Tobias Kahlo (Architekturbüro Bunge und Kahlo) und ich mit meinem Sohn Julian beim Spatenstich**

**I Mehr Investieren. Haushalt in Erfurt**

In der letzten Stadtratssitzung haben stand der Beschluss des Erfurter Haushaltes für 2009 auf der Tagesordnung. Im nächsten Jahr sind demnach deutliche Mehrausgaben im konsumtiven Bereich geplant. Da wir jedoch im nächsten Jahr auf Grund der zunehmend schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage verstärkt mit Steuermindereinnahmen rechnen müssen, wird die Stadt Probleme bekommen, die hoch gesteckten Erwartungen zu erfüllen.

Nach unserer Ansicht hätte die Ausgaben im investiven Bereich, d.h. für die Sanierung von Schulen und Kindergärten, mehr Raum einnehmen müssen. Damit wäre eine solide Basis für die weitere Entwicklung von Erfurt und seinen Kindern gelegt worden.

Der Haushalt wurde ohne Gegenstimmen beschlossen. Die CDU-Fraktion hat sich allerdings enthalten. Denn wir sehen nur in einem Haushalt mit einer Schwerpunktsetzung bei Investitionen und einer deutlichen Abgabentlastung für die Bürger eone haft dauerfeine tragfähigere Lösung für Erfurt.



**Wer wird die Wahlen 2009 gewinnen?**

**Wir werden gewinnen!**

**Wir alle werden mit der CDU gewinnen!**

*Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr!*